



Untätigkeit macht Bundesregierung zur Komplizin der Finanzhaie

Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht, 19. November 2012

"Anstatt den Sumpf der Schattenbanken als wichtigste Ursache für die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise auszutrocknen, bleibt die Bundesregierung untätig. Es ist ein Skandal, dass dieser Artenschutz für Finanzhaie von Merkel und Co. dazu geführt hat, dass die Schattenbanken heute sogar mehr Geschäfte machen als vor dem Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007", kommentiert Sahra Wagenknecht den Bericht des Finanzstabilitätsrates (FSB). Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Wenn die Bundesregierung die gleiche Energie bei der Regulierung der Finanzmärkte wie bei der Durchsetzung ihres verhängnisvollen Diktats der Lohn- und Sozialkürzungen an den Tag legen würde, wäre die Zockerei in der Grauzone schon längst beendet. Stattdessen sollen erst im September 2013 Empfehlungen vom Finanzstabilitätsrat vorgelegt werden, wie eine bessere Beaufsichtigung der Schattenbanken erfolgen könnte. Wenn die Aufseher allerdings jetzt schon verkünden, Schattenbanken

seien an sich nichts Schlechtes, sie könnten halt nur
Finanzkrisen auslösen, kann man sich das Warten auf
den Bericht im nächsten Jahr sparen."